

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 12

Artikel: Bundesrepublik oder Bananenrepublik? : Die Friedensbewegung bestimmt die Zukunft
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dass wir zwischen dem aggressiven Neokonservatismus à la Reagan und Thatcher und den neuen Basisbewegungen zerrieben werden. In diesem schwierigen Konfliktfeld müssen wir unseren Standpunkt neu bestimmen, nicht um gegen Kritik rechthaberisch darauf zu beharren, sondern um von ihm aus fortzuschreiten zu einer neuen Gesellschaft der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der integralen Humanität. Aber vergessen wir nicht: Auch die besten Konzepte werden politisch nichts oder nicht viel bewegen können, wenn es uns nicht gelingt, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, für die und mit denen wir Politik machen wollen. Glaubwürdigkeit ist nicht nur eine Frage der Moral, sie ist auch eine unerlässli-

che Voraussetzung, ohne die wir politisch ohnmächtig bleiben. Nur wenn wir Sozialdemokraten unsere Prinzipien in unserer eigenen Lebensführung, im Umgang miteinander und mit Aussenstehenden einlösen, wenn wir *nicht nur sozialdemokratisch reden, sondern auch sozialdemokratisch leben* — nur dann werden wir jene überzeugen können, die uns heute mit (nicht immer unbegründetem) Argwohn betrachten. Nur dann werden wir eine wichtige, vielleicht eine entscheidende Rolle spielen können, in dem Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung, der notwendig ist, um die drohende militärische, ökologische und soziale Katastrophe abzuwenden.

(Diese Rede musste aus Platzgründen leicht gekürzt werden.)

zeigt den Ernst der militärischen Situation. Die USA kalkulieren in ihrer Politik offenbar einen auf Europa begrenzten Atomkrieg ein und die Expansionsgelüste der Sowjetunion, die ihren Einfluss in Afrika ständig erweitert hat und in Afghanistan mit ihren Truppen einmarschierte, dient dabei als willkommenes Alibi. Der Teufel soll mit Beelzebub vertrieben werden.

Ruhe ist nicht mehr die erste Bürgerpflicht

Wer in der Bundesrepublik nach alter Untertanensitte dem Staatsoberhaupt vertraut, mag ruhig weiterschlafen. Bundespräsident Karl Carstens hält die Bergpredigt zwar für eine «Mahnung zur Gewaltlosigkeit», doch für verantwortungsbewusste Politiker sieht er in der Bibel keine Richtschnur. Diese pragmatische Auffassung teilen übrigens auch zahlreiche Sozialdemokraten. Der prominenteste unter ihnen dürfte Bundeskanzler Helmut Schmidt sein. Er setzt auf die Abrüstungsgespräche und lehnt eine einseitige Abrüstung des Westens ab. Diese Haltung wird von der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung geteilt, vermutlich denken die meisten Anhänger der Friedensbewegung nicht anders.

Auch namhafte Theologen sehen in Worten des Neuen Testaments keine Anweisungen für politische Entscheidungen. Das bedeutet jedoch nicht, dass es sich bei der Friedensbewegung um einen wilden Haufen religiös motivierter Schwärmer handelt, die einem unerfüllbaren Wunschtraum nachjagen. Aber die Kluft zwischen Politikern, die häufig mit taktischen Winkelzügen eine immer fragwürdigere Sicherheitspolitik im Rahmen der Nato befürworten und jenen Bürgern, die sich

Horst Hartmann

Bundesrepublik oder Bananenrepublik?

Die Friedensbewegung bestimmt die Zukunft

Friedensbewegung, Pazifismus, Neutralismus, Antiamerikanismus lauten je nach politischem Standort die neuen Schlag- und Reizworte, mit denen eine tiefgreifende Veränderung der politischen Atmosphäre in der Bundesrepublik begonnen hat. Weite Kreise sehen in der aggressiven Aufrüstungspolitik, die zu Unrecht als «Nachrüstung» verharmlost wird, eine Erhöhung der Kriegsgefahr. Massgebende Vertreter Washingtons haben wiederholt erklärt, die eigene Rüstung so lange anzukurbeln, bis die Sowjetunion wirtschaftlich nicht mehr in der Lage ist, mitzuhalten und politisch vor der amerikanischen Übermacht kapituliert.

Doch zunächst wollen sich die USA zur Beruhigung ihrer europäischen Verbündeten strikt an den umstrittenen Nato-Doppelbeschluss halten und dem Osten faire Abrüstungsangebote unterbreiten. Gleichzeitig haben aber namhafte Politiker keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass in Europa in jedem Fall neue atomare Mittelstreckenraketen stationiert werden. Wie sollen angesichts dieser Vorbehalte Abrüstungsgespräche zum Erfolg führen? Der ohne Konsultation europäischer Verbündeter erfolgte Produktionsbeginn der Neutronenwaffe — sie kann innerhalb von zehn Stunden gefechtsbereit im Grenzgebiet in Stellung gebracht werden —,

schlicht und einfach ängstigen, wird grösser und grösser. Dass die Welle eines neuen Pazifismus die festen Fundamente der drei im Bundestag vertretenen Parteien zu unterspülen droht, dürfte inzwischen auch dem letzten Hinterbänkler klar geworden sein. Dabei bleibt es zunächst sekundär, wenn diese neue Massenbewegung über kein einheitliches Programm verfügt und von mehreren Friedensappellen getragen wird, die aus unterschiedlichen politischen Richtungen stammen. Tatsächlich haben vor allem zwei Ereignisse das Klima in der Bundesrepublik nachhaltig verändert, nämlich der Evangelische Kirchentag in Hamburg und die Demonstration von 300 000 Menschen in Bonn im Oktober, die grösste Massenkundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik! Wenn die Rüstungsgegner in der BRD, in Belgien, Holland, Dänemark, England und Norwegen ihre Auffassungen in den Parlamenten durchsetzen, wäre das Schicksal der Nato über kurz oder lang besiegelt.

Alarmzeichen Neutronenbombe

In der Sowjetunion sollten die Verantwortlichen aber deswegen nicht der Illusion verfallen, eine einseitige atomare Abrüstung des Westens wäre ohne Gegenleistung möglich. In der Weltpolitik gibt es keinen Nulltarif. Und wer im Westen für Abrüstung demonstriert, tut es stellvertretend auch für jene, die es im Osten nicht dürfen! Sollte der neue Pazifismus lediglich zu einem Aderlass für die Sozialdemokraten und Liberalen bei kommenden Wahlen führen, weil beide Parteien die Friedensbewegung nicht zu integrieren vermögen oder nicht wollen, bleiben die politischen Ziele der Pazifisten Wunschträume. Denn die CDU erweist



Blindenführhund

Aus «Repubblica»

sich weiterhin als Raketenpartei. Sie war nicht einmal dazu fähig, den Produktionsbeginn der Neutronenbombe öffentlich zu missbilligen wie andere konservative westeuropäische Parteien. *Die Union wiederholt Adenauers Irrtum, der glaubte, durch eine Politik der Stärke die Sowjets aus Mitteleuropa zurückdrängen zu können.*

Im Gegensatz zur Union ist die Zukunft der SPD stärker von der Friedensbewegung abhängig. Ihr Spitzenfunktionär in Schleswig-Holstein, Klaus Matthiesen, dürfte die Entwicklung realistisch einschätzen, wenn er sagt: «Ich glaube, wir schlittern in eine Protestbewegung hinein, die weit grössere Ausmasse annehmen wird als die von 1968». Hans-Jochen Vogel, SPD-Oppositionsführer in Berlin, sieht in der Abrüstungsfrage das «zentrale Problem der nächsten Jahre». Dafür ein Beispiel: Zur Schlusskundgebung der SPD im Berliner Wahlkampf mit Bundeskanzler Schmidt und Oberbür-

germeister Vogel kamen nur noch 1500 Zuhörer. Doch eine Friedensdemonstration mit dem ehemaligen SPD-Oberbürgermeister Heinrich Albertz besuchten gleichzeitig 40 000 Menschen.

Die Parteien ignorierten Bürgerängste

Die Vertreter des politischen Establishments — und das gilt für alle Parteien — glaubten bislang, mit beruhigenden Allerweltserklärungen und billigen Diffamierungen den Zulauf zur Friedensbewegung stoppen zu können. Vermutlich nahmen sie die vorwiegend jungen Leute auch deshalb nicht ernst, weil sie sich nicht straff organisierten. Aus der Tatsache, dass Mitglieder der DKB zu den ersten Unterzeichnern des Krefelder Appells gehörten, liess sich aber kein politisches Kapital schlagen, auch wenn es zeitweise so aussah, als richtete sich die Aktivität ausschliesslich ge-

gen die amerikanische Rüstungspolitik.

Hinter der neuen Bewegung stehen vor allem evangelische Kreise wie die Aktion Sühnezeichen, Kriegsdienstgegner aber auch die katholische Friedensbewegung «Pax Christi», der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Falken, Jungsozialisten, Naturfreunde-Jugend, also Gruppierungen der SPD; dann Altkommunisten der VVN (Verband der Verfolgten des Naziregimes), die mittlere Generation von Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale. Das Gros dürften Parteilose stellen. Aber diese Kräfte der ersten Stunde wären eine hoffnungslose, unbeachtete Minderheit geblieben, wenn sie nicht ein vielfältiges Echo in der Bundesrepublik gefunden hätten, das letzten Endes auch durch Warnungen der Presse ausgelöst worden ist.

Inzwischen ist die Problematik des atomaren Rüstungswettlaufs längst Gesprächsgegenstand all jener geworden, die über Politik debattieren und Unbehagen hat sich auch bei CDU-Stammwählern ausgebreitet. Nach Umfragen gibt es bereits in der CDU eine Mehrheit derjenigen, die für eine beiderseitige Abrüstung eintreten und Gegner einer Installierung weiterer Mittelstreckenraketen sind. In absehbarer Zeit wäre so ein Meinungsumschwung auf der Rechten denkbar. Er könnte einen radikalen Kurswechsel der deutschen Innenpolitik einleiten. Die gegenwärtige Situation unterscheidet sich damit grundlegend von der in den fünfziger Jahren.

Die Flügel flattern noch

Damals stand die SPD in hoffnungsloser Opposition zu Adenauer, konnte mit dem grundständigen aber farblosen Erich Ollenhauer keine Bundestagswahl gewinnen und deshalb

fiel es ihr leicht, sich mit der Parole «Kampf dem Atomtod» geschlossen gegen die Remilitarisierung zu stemmen. Wie tief die Aversion gegen eine Rückkehr der Bundesrepublik in das militärische Kräftespiel war, zeigt sich daran, dass damals bereits Grosskundgebungen mit 150 000 Menschen möglich waren.

Es stimmt hoffnungsvoll, dass in der SPD offensichtlich zahlreiche Spitzenpolitiker gewillt sind, die Anstrengungen und Anstösse der Friedensdemonstrationen politisch aufzunehmen. Wie sagte doch Heinrich Böll sinngemäss? Die Flügel der Partei flattern wenigstens noch. Im Rahmen einer Aktion «Sicherheit für Deutschland — unser Weg des Friedens», haben die Ortsvereine (Sektionen) bereits mit zahlreichen Mitgliederversammlungen begonnen. Gespräche mit kirchlichen und anderen Gruppen sollen nicht mehr abreißen. Aber reibungslos wird sich diese Anpassung nicht bewerkstelligen lassen. Spekulationen über eine Abspaltung von der SPD sind allerdings müssig. Erhard Eppler steht als Gallionsfigur für eine neue Partei nicht zur Verfügung. Auch Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der Partei, ist fest davon überzeugt, dass Eppler Sozialdemokrat bleibt. Disziplin und notfalls auch Selbstkasteiung waren schon immer hervorstechende Eigenschaften in der Geschichte der traditionsreichen Arbeiterpartei, die mit dem Godesberger Programm die Öffnung zur Volkspartei suchte und fand.

Pazifismus hat Tradition

Der damalige SPD-Bundestagsabgeordnete *Helmut Schmidt warnte im März 1958* im Bundestag vor einer atomaren Bewaffnung der beiden deutschen Staaten und verglich diese Entscheidung sogar mit dem Er-

mächtigungsgesetz für Hitler. Doch die SPD schwenkte dann auf einen gemässigten Kompromisskurs in Richtung Grosse Koalition. Die Proteste gegen die Atomwaffen blieb eine Angelegenheit von Minderheiten. In der Öffentlichkeit fand sie kaum noch Resonanz. Zweimal scheiterte der Versuch, eine Friedenspartei zu gründen. Gustav Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei scheiterte an der Fünf-Prozent-Klausel, während die auf dem Papier noch immer existierende Deutsche Friedensunion von Frau Professor Renate Riemeck als moskauhörig verteufelt, rasch ins Abseits gedrängt wurde. Selbst die unentwegten Anhänger der Ostermärsche gaben schliesslich auf.

Die USA provozierten Proteste

Pazifistische Kräfte sahen sich erst unter Bundeskanzler Willy Brandt und dessen Entspannungspolitik bestätigt. Wenn sie heute erneut auf die Barrikaden gehen, dann nicht weil sie an dem Friedenswillen seines Nachfolgers zweifeln, sondern weil sie der neuen amerikanischen Regierung misstrauen. Selbst ein als konservativ geltender Sozialdemokrat wie Hans Otto Bäumer, «Landesfürst» am Niederrhein, nannte den zweitrangigen Cowboydarsteller Ronald Reagan einen «politischen Rodeo», der Westdeutschland «enorme psychologische Belastungen zugemutet» habe. Und der zu den wenigen linken Rebellen in der SPD-Bundestagsfraktion zählende Manfred Coppik fragte die Massen in Bonn, ob Strauss deshalb gestoppt worden sei, damit Reagan und Schmidt eine Politik machen, die von Strauss zu befürchten gewesen sei. Als Kopf der Friedensbewegung, in der zahlreiche profilierte Persönlichkeiten mitar-

beiten, gilt unbestritten Erhard Eppler. Seitdem er sich aus der Bundes- und Landespolitik zurückgezogen hat, ist sein Stern als Friedensapostel aufgegangen. Eppler hat unlängst in einem Interview erklärt, es wäre frei erfunden, er habe Helmut Schmidt aufgefordert, mit seinem Rücktritt zu drohen, falls die USA nicht ernsthaft verhandeln. Eppler weiss nur zu gut, dass ein *Wechsel in Bonn das Ende* eines hinhaltenden Widerstandes und eventueller Korrekturen der US-Politik bedeutet, *weil die CDU jeden noch so wahnwitzigen Konfrontationskurs der USA unterstützen würde*, solange ihr die Wähler folgen. Doch ob dieses kleine Einmaleins der politischen Dialektik den stark emotional gebundenen Pazifisten bei der nächsten Bundestagswahl erleuchtet, erscheint fraglich.

Die globalen Machtverhältnisse sind entscheidend

Die kritische Phase wird 1983 erreicht sein. Zu diesem Zeitpunkt fällt die endgültige Entscheidung über die Stationierung neuer Raketen. Für Eppler zeigen die globalen Machtverhältnisse, wie fragwürdig es ist, von einer bedrohlichen Überlegenheit der Sowjetunion auszugehen, steht sie doch bereits vier Mächten isoliert gegenüber, den USA, Westeuropa, China und Japan. Das wiegt seiner Meinung nach schwerer als eine teilweise militärische Überlegenheit in Europa, die sich auf konventionelle oder atomare landgestützte Waffen stützt. Es erscheint ihm daher nicht erforderlich, der Sowjetunion «an jeder einzelnen Stelle» ebenbürtig zu sein. Der Vordenker der Pazifisten unter den Sozialdemokraten warnt daher vor einem rein technokratischen Gleichgewichtsbegriff, der zwangsläufig

zur Beschleunigung des Rüstungswettlaufs führt. Immerhin hat selbst Bundeskanzler Konrad Adenauer es einmal abgelehnt, Raketen in der BRD zu stationieren, obwohl das Land auch damals im Streubereich sowjetischer Atomraketen lag. Als Skeptiker sieht Eppler erst dann eine reale Verhandlungsbereitschaft der USA, wenn sie befürchten müssen, dass oppositionelle Kräfte in Europa eine Stationierung ihrer Raketen politisch unmöglich machen.

Zurück zur US-Besatzungszone?

Es gibt aber bereits Äusserungen von hochgestellten Reisenden aus Washington, die ungeübt davon sprechen, dass zusätzliche Mittelstreckenraketen in jedem Fall — also auch gegen den Willen der Bevölkerung — in Europa aufgestellt werden. Sollte zu diesem Zeitpunkt Reagan noch regieren, *würde die Aussenpolitik der USA um ein Haar der Moskaus gleichen*, das kein Land aus seinem Machtbereich entlässt, wie die verzweifelten Ausbruchversuche der Ungarn, Tschechen und gegenwärtig der Polen zeigen. Dann allerdings würde in Westeuropa die Friedhofsruhe nach chilenischem Muster eintreten...

Für die SPD kommt es jetzt darauf an, ob sich Nato-Treue und Friedenswille verknüpfen lassen und ob eine klare Mehrheit innerhalb der Partei den neuen ausserparlamentarischen Kräften zustimmt. Ist das nicht der Fall, kommt es zu einer Zerreissprobe, die mehr kosten würde als die Regierungsmacht. Parallel dazu käme es zu einer Verbindung von Grünen und Pazifisten. Die Absplittierung der linksliberalen und pazifistischen D 66 in Holland, zeigt, wohin der Weg führen könnte.

Auch die Union muss Farbe bekennen

Seitdem die CDU Geschlossenheit demonstriert, zumal sie bei Umfragen in der Wählergunst derzeit führt, soll die interne Idylle nicht beeinträchtigt werden. Zwei junge Politiker, Ulf Fink und Meinrad Ade, die Helmut Kohl vergeblich auf eine mangelnde Ausstrahlung der Partei bei jungen Wählern aufmerksam machten, haben nicht zuletzt deshalb Bonn verlassen und sind als Senatoren nach Berlin gegangen. Oppositionsführer Kohl glaubte, es genügt, sich in Washington bei den neuen Herren anzudienen und ihnen gegenüber die «völlige Übereinstimmung in der Sicherheitspolitik» zu versichern. Ein in der Aussenpolitik so unerfahrener Politiker ahnt offenbar nicht, dass Ergebnisbekundungen nicht über unterschiedliche Auffassungen hinwegtäuschen können.

Er kann auf die Dauer nicht so naiv sein, um nicht zu erkennen, dass *das rücksichtslose Vorgehen der Amerikaner* nur so zu erklären ist, dass man *die Bundesrepublik als Bananenrepublik* einschätzt, die man wie einen Hausknecht herumkommandieren kann. Wenn die berechnete Selbstbehauptung nationaler deutscher Interessen bereits als Nationalismus bezeichnet wird, und Kohl deshalb zurückschreckt, sagt er aber am eigenen Ast. Die schweigende Mehrheit auf der Rechten wird trotz ihres eingefleischten Antikommunismus einen Ja-Sager gegenüber Washington nicht ewig dulden.

Hassgesänge der Raketenfreunde

Während die Springerpresse das Wort Friedensbewegung in Führungszeichen setzt, versuchen manche Journalisten, die Pazifisten ausgerechnet mit

den kriegslüsternen Nazis zu vergleichen oder sie persönlich zu diffamieren. Als Grossmaul vom Dienst führt ein gewisser Ludolf Herman diese Kompagnie der «Überspringerle» an. Der Chefredakteur von «Capital» kommentiert die Bonner Friedensdemonstration nämlich auf seine Weise im Bayerischen Rundfunk.

Abgesehen von den üblichen politischen Verdrehungen versuchte Hermännchen ähnlich wie der «Stürmer» gegenüber den Juden die Physiognomie von minderwertigen Menschen auszumachen. Er entdeckte einen «unfreien Gang», einen «einheitlichen Schnitt der Gesichter» und «kollektiven Ausdruck». Die Versammelten im Bonner Hofgarten waren für ihn Opfer einer «Massenerotik», deren «kleine rachitische Seele aus dem Gefängnis des pickligen Körpers flattert». Klar, dass ein Kapitalagent von «latentem Faschismus» spricht. Der Bayerische Rundfunk distanzierte sich zwar von diesem Hassgesang. Aber was nützt es, nach Protesten dem Verfasser das Missfallen auszusprechen, wenn derartige Texte gesendet werden. Dieses Beispiel zeigt, wie tief der Riss zwischen Rüstungsgegnern und Machtanbetern bereits geworden ist. Ermutigt werden Goebbelsfiguren selbstverständlich durch Scharfmacher jener Partei, die christlich-demokratisch firmiert.

Wenn man Öl ins Feuer giesst

Der Parteisprecher der Union, ein Herr Walter von Tiesenhäusen, sah in der friedlichen Bonner Demonstration lediglich einen antiamerikanischen Auftritt, eine unheilige Allianz zwischen Teilen der SPD, Kommunisten und Chaoten. Für die Union ist die Friedensbewegung entweder kommunistisch inspiriert oder sie leistet den Interes-

sen Moskaus Vorschub. Damit verweigert die Partei den Dialog mit weiten Teilen der jungen Generation, den Generalsekretär Heiner Geissler führen möchte. Allerdings ist in der Jungen Union in diesem stürmischen Herbst ein Rumoren hörbar geworden. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Parteijugend eine andere Sprache spricht als die Altherrenriege. Ignoriert die CDU die Bürgerängste weiterhin, könnte sie sehr schnell Wähler verlieren, und zwar nicht nur in der Mitte, sondern auch auf ihrem rechten Flügel. Sollten die USA die Bundesrepublik als Besatzungszone behandeln, in der man beliebig Waffen installiert, wird das mit Sicherheit rechtskonservative Kräfte gegen die Allianz aufbringen. Die Warnung vor einer angeblichen «Volksfront», mit der Kohl wie ein Wanderprediger auftritt, könnte dann nur noch ein Echo zur Allianz zwischen Linken und Rechten sein.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Landesbischof Eduard Lohse, hat den Bonner Demonstranten bescheinigt, sie wären «von der Sorge um den Frieden und nichts anderem motiviert» gewesen. Äusserungen Kohls tadelte der Bischof als «ungute Zuspitzungen». Selbst der stellvertretende Parteivorsitzende der Union, Kurt Biedenkopf, distanzierte sich bereits mit deutlichen Worten von Kohl.

Friedensfreunde kontra Union

Die beiden Veranstalter von Bonn, die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, haben in einer Erklärung der CDU bereits den Fehdehandschuh hingeworfen, jener Partei, die sich übrigens erneut für eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes aus-

sprach. Getadelt wurde auch der Bonner Oberbürgermeister wegen seiner Panikmache. Beanstandete wurde vor allem der Versuch der CDU, sich durch Diffamierungen der politischen Auseinandersetzung zu entziehen.

Die beiden Organisationen sehen dagegen in den internen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalitionsparteien einen Ausdruck für das demokratische Selbstverständnis bei SPD und FDP. Aber sie wollen weiterhin auf Distanz zu allen Bundesparteien achten, zumal sie einen Verzicht auf neue Mittelstreckenraketen fordern, der auch einseitig geübt werden müsste. An diesem Punkt werden sich vermutlich die Geister scheiden. Nach Auffassung der beiden Organisationen wird sich der atomare Rüstungswahn nicht durchsetzen lassen.

Bundesverteidigungsminister Hans Apel glaubt zwar, dass sich die neue Friedensbewegung wieder im Sande verlaufen wird; vielleicht. Er könnte aber auch Opfer eines Selbstbetruges werden. Wer sich in blinder Nibelungentreue der Reagan-Regierung ausliefert, kann der Friedensbewegung nur neue Argumente liefern. *Wenn die SPD diesen Weg des geringsten Widerstandes einschlagen sollte, fröhnt sie der Lust am eigenen Untergang.* Denn das Unwahrscheinlichste was sich in naher Zukunft ereignen könnte, wäre ein wirkliches Einlenken der USA in der Abrüstungsfrage.

Es rumort weiter in der Bundesrepublik. Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) lehnte es ab, am Parteitag der Union teilzunehmen. Da Kohl den «treibenden Kräften der Volksfront vom 10. Oktober» den Kampf angesagt hat, könne sich die ESG einen fruchtbaren Dialog kaum vorstellen. Leider gibt es aber auch in der SPD uneinsichtige Kräfte, deren Unbehagen gegenüber Massen-

demonstrationen zu höchst fragwürdigen Entschlüssen führen. Der SPD-Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Jürg Girgensohn, hatte die Schulleiter seines Landes aufgefordert, Namenslisten von Lehrern und Schülern anzulegen, die an der Bonner Friedensdemonstration

teilgenommen hatten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nannte diesen Erlass eine «Spitzelmethode». *Sozialdemokraten dieses Schlages dürften der Situation der achtziger Jahre kaum gewachsen sein. Höchstens als Wählerschreck.*

Alois Hürlimann

Die Friedenssucht

Die verleugnete Bergpredigt

Der katholische Feldprediger füllte die Uniform aus, der reformierte wirkte daneben ausgemergelt und dünn. Der eine predigte kurz und knapp, wies darauf hin, dass die Menschheit, wie wir alle wüssten, eben schlecht wäre und sich nicht zum Frieden eignen würde, dass es immer Kriege gegeben hätte und dass in der Bibel schliesslich «gebt dem Kaiser, was des Kaisers» stehen würde, und der andere erklärte, dass es natürlich darum ginge, und dass es bei Abwägung aller Einwände erst recht darum ginge, für den Verteidigungsfall gerüstet zu sein, das wäre, in christlichem Licht besehen, eben auch ein Liebesdienst.

Einer, ein Lehrer aus dem Tessin, wie wir wussten, fragte die beiden Offiziersprediger, ob denn nicht auch der Satz vom Hinhalten der andern Wange in der Bibel stehen würde. Ob es denn nicht christlicher wäre, Militärdienste zu verweigern und stattdessen Kranke zu pflegen, Forschung für den Frieden anstatt für die Bewaffnung durchzuführen.

Die beiden Prediger zuckten die Schultern, schauten ein wenig hilflos in die Runde der vor ihnen stehenden Soldaten und erklärten dann ziemlich unvermittelt, dass «wir» nun noch gemeinsam beten «wollten». Sie beteten dann abwechslungs-

weise Satz für Satz von einem Dank an «unsern Herrgott», der uns doch die schönste Heimat gegeben und diese erst noch seit Jahrhunderten vor Kriegen geschützt hätte, und die beiden Herren schlossen mit einem Appell, dass «wir» uns doch anständig, männlich zurückhaltend benehmen sollten und an unsere Frauen und unsere Kinder denken sollten.

Es war ein Föhntag im Oktober 1975 in Euthal am Sihlsee, die Pioniere der Funkerkompanie, der ich damals angehörte, mussten sich nachmittags um zwei Uhr diese Predigt stehend anhören. Nachher ging's wieder an jene Arbeit, die man hierzulande «WK» nennt.

Die folgende Geschichte ist andern Inhalts:

Am 10. Oktober 1981 demonstrierten in Bonn etwa 300'000 Menschen gegen die Aufrüstungspläne der NATO und gegen die geplante Stationierung von über 500 Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen in Westeuropa.

Grosses Aufsehen.

Am Vortag der Demonstration sprach der sozialdemokratische Bundeskanzler Schmidt von «zweielichtigen Gestalten», der christliche Herr Kohl erwähnte den Antiamerikanismus, als wäre Kritik an Reagan eine Todsünde.

Am 26./27. September 1981 marschierten über 50'000 Italiener in einem Friedensmarsch nach Assisi, der Stadt des Friedenspatrons Francesco. Zum Marsch aufgerufen hatten Jungkommunisten, katholische Jugendverbände und die Gewerkschaften sowie die Mitglieder der «Pax-Christi»-Bewegung. Breschnew sandte ein Grusstelegramm, was wohl für die westlichen Machthaber Beweis genug war, die Menschen, die den langen Friedensmarsch durchführten, als «kommunistisch gelenkte» Idioten hinzustellen.

Am 24. Oktober 1981 aber demonstrierten in Rom über 300'000 Menschen gegen die NATO-Raketen und gegen die sowjetischen SS20-Raketen. Wie man lesen konnte, überwog der Protest gegen die amerikanische Waffenpräsenz im Mittelmeerraum.

Am gleichen Tag demonstrierten im Londoner Hyde-Park über 250'000 Menschen gegen die atomare Aufrüstungsideo-logie. Der britische Labour-Chef Michael Foot sprach zu den Demonstranten, die an der grössten Kundgebung in Grossbritannien seit 1945 teilnahmen, und er sprach über die «Geistesgestörtheit», die offensichtlich in Washington um sich gegriffen hätte, wenn ein Reagan von der Möglichkeit eines auf Europa limitierten «kleinen» Atomkrieges spräche.

In den westeuropäischen Regierungszentralen wird solcherlei Protestanhäufung mit Stirnrundeln verfolgt. Der US-Unterstaatssekretär für «Europa», Eagleburger seinerseits erklärte ohne diplomatische Windungen, dass «Amerika» diese Demonstrationen nicht gerne sähe und über Konsequenzen nachdenken müsste.

In hilfloser Manier lassen die Propagandisten der Militärministerien Sätze kursieren, wonach «die Armee» oder «die